Politische Tagesübersicht.

Einberufung des Auswärtigen Ausschusses beantragt. Der Vorsitzende der Deutschnationalen Fraktion hat, wie die Deutschnationale Pressestelle mitteilt, an den Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses Herrn Scheidemann das Ersuchen zur Einberufung des Auswärtigen Ausschusses auf den Beginn nächster Woche gerichtet.

Aufdeckung einer neuen kommunistischen Organisation in Bulgarien. Wie die bulgarische Telegraphenagentur meldet, hat die Polizei eine neue umstürzlerische Organisation entdeckt, die die Tätigkeit der alten, nach dem Anschlag in der Kathedrale von Sofia aufgelösten kommunistischen Partei fortzusetzen trachtete. Die Behörden haben die meisten Mitglieder des geheimen Zentralausschusses dieser Organisation verhaften lassen. Die Betreffenden hatten sich bis vor kurzem im Auslande aufgehalten und waren auf ungesetzliche Weise nach Bulgarien zurückgekehrt. Es wurde festgestellt, daß dieser Ausschuß mit mehreren kommunistischen Organisationen des Auslandes in Verbindung stand, und daß er Unterstützungsgelder aus Moskau erhielt. Es wurden ungefähr fünfzehn Personen festgenommen. Die Untersuchung ist noch im Gange.

Deutschkonservative Forderungen. Der erweiterte Vorstand des Hauptvereins der Deutschkonservativen hat den Fall Lambach zum Anlaß genommen, eine Kundgebung an die Deutschnationale Partei zu richten, in der er dahin Stellung zu nehmen bittet: 1. Der Abgeordnete Lambach ist seiner Parteiämter zu entkleiden, 2. in das Parteiprogramm ist aufzunehmen, daß die Partei die Wiederherstellung der Monarchie als Schicksalsfrage ansieht und künftighin diesen Kernpunkt mit besonderem Nachdruck vertreten wird. Damit wird sie auch die Jugend am besten gewinnen, 3. ferner ist im Programm zum Ausdruck zu bringen, daß unter dem heutigen parlamentarischen System das deutsche Volk politisch, sittlich und wirtschaftlich zu Grunde gehen muß, und daß daher die Beseitigung dieses Systems höchste vaterländische Pflicht ist. Komme der Parteivertretertag der Deutschnationalen Volkspartei dieser Forderung nicht nach, dann sei der Hauptverein der Deutschkonservativen nicht mehr in der Lage, die Deutschnationale Volkspartei zu unterstützen.

Cushendun über das Flottenkompromiß. Wie Reuter aus Genf meldet, erklärte Lord Cushendun gestern nachmittag, es sei zwar noch von keiner Seite in der Angelegenheit des englisch-französischen Flottenkompromisses eine offizielle Antwort erfolgt, man habe aber auf nicht amtlichem Wege zu verstehen gegeben, daß das englisch-französische Flottenkompromiß verschiedenen anderen Mächten, die ebenso sehr wie Großbritannien das Recht hätten, ihre Ansichten zur Geltung zu bringen, außerordentlich unangenehm werden könne.

Beginn der deutsch-estnischen Handelsvertragsverhandlungen. Im Konferenzsaal des Ministeriums des Aeußern begannen gestern die deutsch-estnischen Handelsvertragsverhandlungen. Der Führer der estnischen Delegation begrüßte im Namen der Regierung die deutschen Vertreter. Er gab der Hoffnung Ausdruck, daß die Verhandlungen zu einem günstigen Ergebnis führen werden. Der Führer der deutschen Delegation, Gesandter Schroetter, schloß sich in seiner Erwiderung den von der estnischen Seite geäußerten Wünschen an. Darauf begannen die sachlichen Arbeiten. Zu Ehren der deutschen Delegation gab der stellvertretende Minister des Aeußeren Tetsow ein Frühstück.

Die Angst des polnischen Handwerks vor der deutschen Konkurrenz. Auf der Tagung der polnischen Handwerksverbände in Kutno bei Warschau wurde am Dienstag eine Entschließung gefaßt, die sich gegen die deutsche Konkurrenz in Handwerk und Gewerbe richtet und die Regierung auffordert, die Belange des polnischen Handwerks bei den deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen zu verteidigen. Das Handwerk Polens brauche noch Zeit, um mit Hilfe von Regierungskrediten die Arbeitswerkstätten zu verbessern und die Organisation auszubauen. Nur auf diese Art werde das polnische Handwerk die Konkurrenz mit dem deutschen Handwerk und Kleinhandel aufnehmen können.

Oberst Sir Edward Ward gestorben. Aus London wird gemeldet: Oberst Sir Edward Ward, der in der Zeit von 1901 bis 1914 ständiger Untersekretär des Kriegsamts war, ist gestern in Paris im Alter von 74 Jahren gestorben. Oberst Ward gelangte während des südafrikanischen Krieges zu großem Ruf wegen der von ihm getroffenen Einrichtungen zur Verpflegung der britischen Truppen. Im britischen Kriegsamt führte er weitreichende Reformen durch. Während des Weltkrieges bekleidete er trotz seines Alters verschiedene wichtige Posten.

Die Teuerungskundgebungen in Prag. Nachdem am Montag die Sozialdemokraten und Nat.-Sozialisten Protestversammlungen abgehalten hatten, veranstaltete am Dienstag die Kommunistische Partei in Prag eine Kundgebung gegen die Verteuerung der Lebensmittel.

Der Kampf der Bauern gegen die Sowjets. Aus Moskau wird gemeldet, daß die GPU. im Gouvernement Brjansk sechs Großbauern verhaftete, die sich des tätlichen Widerstandes gegen die Sowjetunion schuldig gemacht hatten. Die Bauern wurden verhaftet, weil sie sich weigerten, Getreide abzuliefern. In der letzten Zeit haben die Verhaftungen von Großbauern zugenommen, die trotz der Aufforderungen seitens der staatlichen Getreideaufkäufer sich weigerten, das Getreide zu verkaufen. Im Gouvernement Brjansk sind 26 Brandstiftungen festgestellt worden, denen kommunistische Klubs und Räume der Dorfräte zum Opfer fielen.

Chamberlain will nicht zurücktreten. Der englische Außenminister Chamberlain erklärte bei seiner Ankunft in Hamilton auf den Bermuda-Inseln einem Presse-Vertreter, daß er nicht die Absicht habe, zurückzutreten, im Gegenteil werde er sein Amt im November wieder übernehmen. Zu seinem Gesundheitszustand sei bereits eine erhebliche Besserung eingetreten. Chamberlain erklärte weiter, daß von einem geheimen französisch-englischen Flottenabkommen keine Rede sein könne. Die Unterlagen über das Abkommen seien den übrigen Mächten sofort zugestellt worden.

Trotzki erhält keine Erlaubnis zum Besuch Moskaus. Wie aus Moskau gemeldet wird, hat das politische Büro das Ersuchen Trotzkis, für kurze Zeit nach Moskau kommen zu dürfen, abgelehnt. Trotzki wollte sich einige Tage in Moskau zur Regelung von Privatangelegenheiten aufhalten. Eine Versetzung Trotzkis aus Alma Ata nach einem anderen Ort ist ebenfalls abgelehnt worden. Dem ehemaligen russischen Botschafter Rakowski ist dagegen gestattet worden, zum Zwecke der Konsultation von Aerzten für zehn Tage in Moskau Aufenthalt zu nehmen.

Ein strenger Erlaß der Sowjetregierung gegen Uebergriffe bei der Getreideerfassung. Wie aus Moskau gemeldet wird, ist am Dienstag ein von dem stellvertretenden Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare der Sowjetunion unterzeichneter Erlaß über die Getreideerfassung veröffentlicht worden. Die Sowjetregierung weist darauf hin, daß die zuständigen Behörden die diesbezüglichen Bestimmungen nicht erfüllt hätten. Es sei ein Wettbewerb zwischen der allrussischen staatlichen Aktiengesellschaft „Sojuschleb" und den landwirtschaftlichen Konsumgenossenschaften entbrannt, der die Anwendung von unzulässigen Mitteln zur Folge gehabt habe. In vielen Fällen sei ein verstärkter Zwang auf die Bauern ausgeübt worden, wobei die Ortsbehörden Untätigkeit bewiesen hätten. Aus diesem Anlaß sehe sich die Sowjetregierung genötigt, mit aller Strenge gegen diese Auswüchse vorzugehen. Die zuständigen Aufsichtsorgane hätten deshalb die Anweisung erhalten, in kürzester Zeit gegen die Schuldigen Anklage zu erheben und Strafen anzuwenden.

Warum führt die Reichsbahn das Zweiklassensystem ein?

tsd. **Dresden.** Aus dem Personenverkehr soll der Reichsbahn eine Mehreinnahme von rund 55 Millionen gebracht werden. Würde man hierzu eine prozentuale Erhöhung aller Klassen durchführen, so würde die Abwanderung in niedere Klassen und langsamere Zugarten verstärkt stattfinden. Diese Abwanderung hat schon seit langem unausgesetzt Jahr für Jahr einen Ausfall von je 30 Millionen RM. gebracht. Dieser Ausfall würde sich bei der prozentualen Erhöhung aller Klassen auf wesentlich mehr als das Doppelte erhöhen und sich von Jahr zu Jahr steigern. Dazu käme, daß der Ausfall, der durch den Wettbewerb des Kraftwagens laufend entsteht und am 1. April 1927 bereits auf jährlich 100 Millionen RM. vorsichtig geschätzt ist, beim Zusammentreffen des ständigen Rückgangs der Selbstkosten des Kraftwagens mit einer Tariferhöhung auf der Eisenbahn, besonders durch stärkeren Wettbewerb der Autoomnibusse im Nahverkehr, auf mindestens weitere 100 Millionen RM. zu schätzen sein wird. Weiter kommt hinzu, daß auch das Flugzeug verstärkten Wettbewerb machen würde, der auch mit einem Ausfall von mehreren Millionen RM. verbunden ist. Um diese durch eine Tariferhöhung entstehenden, auf 150 Millionen RM. geschätzten Verluste wieder einzubringen, und außerdem eine Mehreinnahme von 55 Millionen RM. aus dem Personenverkehr zu gewinnen, müßte der der Reichsbahn verbleibende Verkehr dann mindestens um 15 v. H. (15 v. H. von rund 1400 Millionen RM. = 210 Millionen RM.) verteuert werden. Das wäre natürlich besonders für die Reisenden der vierten Klasse äußerst empfindlich.

Daher soll einem System der Vorzug gegeben werden, durch das die bisherige Abwanderung in eine Aufwanderung verwandelt wird. Diese Maßnahme ermöglicht, daß die Erhöhung des jetzigen Fahrpreises 4. Klasse auf 12 v. H. (anstatt 15 v. H. bei Beibehaltung der jetzigen Klassen) beschränkt blieb. Die Preise der Zeitkarten der Holzklasse werden nicht mit erhöht, um die lohnsteigernde Wirkung einer Fahrpreiserhöhung auszuschließen.

Das Zweiklassensystem hat überdies noch den Vorteil, daß dadurch infolge der Aufwanderung und Hemmung der Abwanderung in den Kraftwagen und das Flugzeug die bisher schon entstehenden Ausfälle wenigstens zum Teil wieder eingeholt werden, was bei der gleichmäßigen Steigerung der Fahrpreise aller Klassen selbst durch verstärkte Erhöhung der Fahrpreise kaum erreichbar wäre. Im Gegenteil sind bei diesem System gerade infolge der verstärkten Tariferhöhung weitere von Jahr zu Jahr steigende Mindereinnahmen zu erwarten.

An unsere Postbezieher!

In diesen Tagen

ziehen die Postanstalten die Bezugsgelder für Lieferung des „Riesaer Tageblattes" im nächsten Monat ein.

Wir bitten auf pünktliche Bezahlung besonders zu achten, da nach dem 23. d. M. vom Postamt eine Sondergebühr für Verspätung erhoben wird und außerdem mit einer Unterbrechung der „Tageblatt"-Lieferung beim Monatswechsel zu rechnen ist.

Die Vorgänge in Spanien.

Die Vereitelung des Komplotts gegen die spanische Regierung.

)(**Madrid.** Ein in letzter Stunde den Zeitungen zugegangenes Communiqué besagt: Für heute nacht war ein von verschiedenen Elementen und Personen angezetteltes Komplott geplant, das dank des Eifers des Leiters und des Personals der Sicherheitspolizei zur Stunde als gescheitert angesehen werden kann. Die notwendigen Verhandlungen sind vorgenommen und eine eingehende Untersuchung eingeleitet worden, um das von den Verschwörern verfolgte Ziel, die ihnen zur Verfügung stehenden Mittel und den Umfang ihrer Verantwortung genau festzustellen. Vielleicht war die Ursache des Komplotts der Verdruß und der Neid, die die dieser Tage stattfindenden gewaltigen Kundgebungen der Anhänglichkeit an die Regierung hervorgerufen haben. Das Land kann beruhigt sein.

•

Französische Meldungen.

)(**Paris.** Die in Bordeaux erscheinende „Petite Gironde" veröffentlicht über die Vorgänge in Spanien folgende Depesche ihres Madrider Korrespondenten: „Die Reise des Königs nach Stockholm benutzend, hatten liberale, republikanische und selbst kommunistische Elemente ein Komplott geschmiedet mit dem Ziel, die Regierung zu stürzen. In der Nacht auf den Dienstag erhielt der Minister des Innern Martinez Anido Kenntnis von der Verschwörung, die einen Generalstreik für den 14. September plante. Nach einer Besprechung mit den leitenden Persönlichkeiten der Polizei ordnete der Minister die erforderlichen Maßnahmen an. Entsprechend der aufgestellten Liste der zu verhaftenden Persönlichkeiten wurden u. a. festgenommen in Madrid der Führer der liberalen republikanischen Partei, Alexander Lerroux, in Barcelona die Würdenträger des Freimaurerordens, der Präsident der Katalanischen Liga für Menschenrechte, mehrere republikanische Journalisten sowie der ehemalige republikanische Deputierte Barrio Lerro in Valencia, der Direktor der Zeitung „Pueblo de Valencia", Azzati. Die Verhaftungen erfolgten in den verschiedensten Landesteilen und betrafen Mitglieder der Armee, Journalisten und sonstige Persönlichkeiten. Der Erzbischof von Saragossa, Vidal Y. Veraguer, wurde aufgefordert, sich in ein Kloster zu begeben, um der Strafverfolgung zu entgehen. Vergangene nacht hat im Verlaufe eines Ministerrats die Regierung die Verhaftung des früheren Ministerpräsidenten Sanchez Guerra, der gegenwärtig im freiwilligen Exil in Frankreich lebt, und des katalanischen Führers Comas beschlossen. Zusammen sind in ganz Spanien mehrere tausend Verhaftungen vorgenommen worden. Die Regierung ist Herrin der Lage. Sie wird alsbald ein offizielles Communiqué über die Situation veröffentlichen."

Empfang Charles Nagels im Rathause.

)(**Berlin,** am 12. September mittags empfingen Bürgermeister Scholz und Stadtverordnetenvorsteher Haß, an der Spitze von Vertretern der städtischen Körperschaften und in Anwesenheit von Vertretern der Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika, des Auswärtigen Amts und des Amerika-Instituts den zur Zeit mit seinem Sohne in Berlin weilenden Herrn Charles Nagel aus St. Louis, welcher als Führer des deutsch-amerikanischen Gittowerks unvergeßliche Verdienste sich erworben hat. Herr Nagel hat 1872 in Berlin studiert und war seiner Zeit Handelsminister der V. S. A. Bürgermeister Scholz überreichte die Ehrenplakette der Stadt Berlin.

9. Ziehung 5. Klasse 193. Sächs. Landeslotterie

Ziehung am 12. September 1926

(Ohne Gewähr.) Alle Bekanntmachungen, welche nicht unter Gutscheinbestätigung steht, sind mit 5440 Wert gegangen.

[illegible]